

14.04.26

Motion von Gregor Bruhin, Jost Arnold, Jean Luc Mösch, Erich Grob, Michael Riboni, Patrick Iten
Überprüfung und Anpassung der Entschädigungsregelungen für Waldflächen bei kantonalen Infrastrukturvorhaben

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche sicherstellt, dass sämtliche Waldflächen, die für kantonale Infrastrukturvorhaben benötigt werden, rechtsgleich der Landwirtschaftsflächen, angemessen und sachgerecht entschädigt werden, und dabei die heutigen Marktverhältnisse, die Entwicklung sowie die Erfahrungen aus aktuellen Projekten (z. B. Reussdammsanierung) berücksichtigt.

Es ist zu prüfen, ob eine neue Regelung analog BGS 711.9 (Landerwerb in der Landwirtschaftszone) für Waldflächen zu erstellen ist und entsprechend die geltenden Werte berücksichtigt:

- die gewachsene ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Bedeutung von Waldflächen
- die Preisentwicklungen der letzten 25 Jahre,
- die zunehmende Beanspruchung von Waldflächen für Gewässerschutz, Hochwasserschutz-, Verkehrs- und Gewässerraumprojekte angemessen abzubilden.

Es soll konkret aufgezeigt werden, wie künftig Waldflächen angemessen entschädigt werden können. Dabei sind analoge Überlegungen wie jene im Bereich Landwirtschaftsland zu prüfen sowie darzulegen, wie die Rechtsgleichheit gewährleistet werden kann. Im Rahmen einer Überarbeitung des BGS 711.9 kann zudem geprüft werden, ob eine allfällige Indexierung der Preise ein zielführendes Instrument darstellt.

Begründung

Die geltende Regelung gemäss BGS 711.9 stammt aus dem Jahr 2009. Sie geht auf die damalige Diskussion zur Motion Rickenbacher (Vorlage 1618.2) zurück und wurde primär mit Blick auf landwirtschaftliche Grundstücke konzipiert. Für Waldflächen fehlt hingegen eine spezifische Regelung, welche deren besondere rechtliche, ökologische und gesellschaftliche Bedeutung angemessen berücksichtigt. Seither haben sich die Rahmenbedingungen für den Umgang mit Waldflächen wesentlich verändert:

Der ökologische, klimatische und gesellschaftliche Stellenwert des Waldes hat deutlich zugenommen (Klimaschutz, Biodiversität, Erholung und Freizeitnutzung).

Waldflächen werden heute vermehrt für grosse Infrastruktur, Hochwasser und Schutzprojekte beansprucht, was zu dauerhaften Eingriffen in die Substanz und Nutzung des Waldes führt.

Die geltenden Entschädigungsansätze für Waldboden vermögen diese Entwicklungen nur ungenügend abzubilden und werden von Betroffenen zunehmend als nicht sachgerecht wahrgenommen.

Im Projekt Reussdammsanierung zeigte sich exemplarisch, dass die heutige Bewertung von Waldboden auf Unverständnis stiess, während für angrenzendes Landwirtschaftsland auf Basis von BGS 711.9 eine Regelung anerkannt wurde.

Alternative Entschädigungsformen, insbesondere Realersatzlösungen für Waldflächen, sind im geltenden Beschluss nicht geregelt, obwohl sie in der Praxis an Bedeutung gewinnen.

Die Gleichbehandlung von Waldeigentümerinnen und Eigentümern im Vergleich zu anderen Grundeigentumsformen ist nicht ausreichend gewährleistet, was rechtliche Fragen im Hinblick auf Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit und Eigentumsgarantie aufwirft.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine gezielte Überprüfung und Anpassung von BGS 711.9 in Bezug auf Waldflächen erforderlich. Ziel ist es, den veränderten gesellschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, die Eigentumsgarantie gemäss Bundesverfassung zu wahren, die Akzeptanz bei den Betroffenen zu erhöhen sowie Planung und Projektverzögerungen zu reduzieren. Damit soll ein zeitgemässer, fairer und rechtlich abgestützter Interessenausgleich zwischen dem Kanton und den Waldeigentümerinnen und Eigentümern erreicht werden.

Vielen Dank für den Bericht mit dem entsprechenden Antrag.

Freundliche Grüsse

Die Motionierenden